

Samstagsinterview

Ernst Ulrich von Weizsäcker, Naturwissenschaftler und Politiker

«Systeme kollabieren langsam – über hundert oder mehr Jahre»

Der Co-Präsident des Club of Rome diagnostiziert eine philosophische Krise und fordert eine neue Aufklärung.

Interview: Judith Wittwer

Wie geht es der Welt?
Ökologisch geht es ihr sehr schlecht, ökonomisch geht es ihr – entgegen aller Klagen – sehr gut.

Was bedeutet das für die Kernthese des Club of Rome? Steuern wir immer noch auf einen Kollaps zu, wenn wir so weiterwachsen?
Kollaps klingt so, als ob das von heute auf morgen passieren würde. Das wird nicht der Fall sein. Systeme kollabieren langsam, über hundert oder mehr Jahre. Was wir Menschen der Erde antun, ist mindestens so schlimm wie der gigantische Meteoriteneinschlag, der das Erdmittelalter beendete und die Dinosaurier und fast alles andere Leben vernichtete.

Die Wirtschaft versteckt sich gerne hinter den Armen.

Klimaveränderung, Artensterben, Knappheit fruchtbarer Böden: Heute sind wir uns der Risiken doch bewusst und tun etwas dagegen.
Wir machen Naturschutz. Ja. Lokal haben wir damit auch Erfolg. Als Kind war ich etwa öfter mal am Zürichsee, und da erinnere ich mich, dass dieser zuweilen voller scheusslicher Algen war. Heute ist er wieder sauber. Eine grossartige lokale Verbesserung. Gleichzeitig räubern wir durch unseren Konsum weite Teile der früheren Entwicklungsländer aus: Eisen aus Brasilien, Kobalt aus Afrika, Lithium aus Bolivien – das ist eine gigantische Zerstörung.

Lässt sich mit technologischem Fortschritt der Ressourcenabbau nicht massiv reduzieren?
Wir brauchen – relativ betrachtet – heute in der Tat weniger Mineralien und Öl, um Güter zu produzieren. Auch der relative CO₂-Ausstoss ist geringer. Die Weltproduktion wächst jedoch viel schneller als dieser Fortschritt. So bleibt unter dem Strich mehr Umweltzerstörung.

Der Konflikt zwischen Wachstum und Umwelt kann also gar nie aufgelöst werden?
Bis jetzt wurden alle Fortschritte durch das Bevölkerungswachstum und den zusätzlichen Konsum weggefressen. Seit 1972, als der erste Bericht des Club of Rome erschien, hat sich die Bevölkerung ja verdoppelt. Den Menschen geht es heute besser, die Armut hat abgenommen. Die Folge: Es wird immer mehr konsumiert ...

... die Schäden an der Umwelt aber werden weitgehend ignoriert.
Das Ökologische bleibt aussen vor, weil die meisten Menschen lieber für Menschen sprechen und nicht für Walrösser. Wir könnten die Erde aber sehr wohl mit der heutigen Menschenzahl und den Konsumwünschen ökologisch stabilisieren.

Ohne auf Wohlstand zu verzichten?
Wenn wir so weitermachen wie bisher, bleibt uns nur ein massiver Wohlstandsverzicht. Wenn wir es aber politisch

schaffen, dem technischen Fortschritt eine neue Richtung zu geben und diesen mit gleicher Geschwindigkeit voranzutreiben, dann kommen wir an einem Wohlstandsverzicht vorbei.

Wie soll das gehen?
Die Massnahmen, die man durchsetzen müsste, damit sich Umweltschutz auch für die Aktionäre auszahlt, sind so unpopulär, dass sie bisher von keiner Regierung der Welt ausser der chinesischen durchgesetzt worden sind.

China als Vorbild im Umweltschutz?
China ist das Land, wo die Energiepreise in den letzten 20 Jahren am steilsten gestiegen sind. Der 13. Fünfjahresplan enthält explizit eine Fortsetzung dieser Strategie. In der Schweiz gab es auch mehrere Volksabstimmungen zu einer ökologischen Steuerreform. Sie wurde aber immer abgelehnt.

Die Wirtschaft drohte stets, wegen höherer Produktionskosten ins Ausland abzuwandern.
Zuweilen versteckt sich die Wirtschaft aber auch gerne hinter den Armen. Sie argumentiert beispielsweise, dass eine Steuer für die Armen nicht verkraftbar wäre. Als ich Berater der chinesischen Regierung war, brachte ich eine Idee vor, die ich auch in der Schweiz für anwendbar halte: Wir sollten Energie und gegebenenfalls Mineralien um so viel Prozent teurer machen, wie im abgelaufenen Jahr unsere Effizienz zugenommen hat.

Das ist mir zu theoretisch.
Wenn die Schweizer Autoflotte im Jahr 2018 um 1,1 Prozent weniger Treibstoff pro Kilometer verbraucht, würde nach dieser Regel das Benzin im Jahr 2019 um 1,1 Prozent teurer. Der gefahrene Kilometer würde damit nicht teurer.

Dies setzt aber voraus, dass Autolenker stets die neuesten, energie-effizientesten Modelle fahren. Sonst wird es für sie teurer.

Man muss eine Art Sozialtarif akzeptieren, damit jene, die sich keine energieeffizientere Neuwagen leisten können, nicht die Geschädigten sind. Das ist aber machbar. Genauso wie man jenen Firmen das Geld zurückgeben kann, die wegen einer ökologischen Steuer unter Druck geraten, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern.

Wie soll das konkret gehen?
Nehmen wir Schweden. Dort drohten viele Firmen abzuwandern, als man über eine brutale Luftschadstoffsteuer diskutierte. Die schwedische Regierung sagte jedoch: Bleibt schön hier. Ihr kriegt das Geld zurück. Aber nicht pro Tonne Gift, die ihr ausspuckt, sondern pro Mehrwert, den ihr schafft. Das war eine gewaltige Modernisierungskur für Schwedens Industrie, die nachher wettbewerbsfähiger war als vorher. Und: Keiner ist ausgewandert.

Politik und Wirtschaft verfolgen meist aber noch immer eine kurzfristige Wachstumspolitik, die die Schäden an Mensch und Umwelt wenig berücksichtigt. Handel hat Vorrang vor Umwelt- und Sozialstandards.
Ich halte die Ökonomisierung der ganzen Gesellschaft für eine tiefe philosophische Krise, aus der wir nur herauskommen werden, wenn wir so etwas wie eine neue Aufklärung machen. Die Krise ist nicht das ökonomische Denken, sondern die Dominanz der Kapital-



Foto: Doris Fanconi

rendite über die parlamentarische Legitimation.

Wie soll eine neue Aufklärung aussehen?
Die neue Aufklärung soll die Tugend der Balance betonen: die Balance zwischen Mensch und Natur, zwischen kurzfristig und langfristig, zwischen öffentlichen und privaten Gütern.

Das Yin-Yang-Prinzip.
Richtig. Die neue Aufklärung muss sich an den grossen Traditionen anderer Zivilisationen orientieren. Wenn wir in Europa oder den USA hören, dass es zwischen zwei Lagern Streit gibt, ist unsere reflexartige Reaktion: Der eine hat recht, der andere unrecht. Unsere Wahrheitssuche besteht darin, dass der, der recht hat, den besiegt, der unrecht hat. So ist unsere zivilisatorische Prägung. Wenn exakt der gleiche Streit einem Japaner, einem Inder oder einem Chinesen vorgelegt wird, ist deren Reaktion: Da haben natürlich beide recht. Zentral ist, dass es eine vernünftige Mischung gibt. Und natürlich hat der eine in dieser Hinsicht recht, der andere in jener. Was ich damit sagen will: Die westliche Kultur ist – im Gegensatz zur asiatischen oder auch zur afrikanischen – nicht balanceorientiert.

Wie wollen Sie das ändern?
Wenn Sie mit einem Pädagogen reden, kommen Sie heute früher oder später automatisch auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer – Mathematik, Informatik, Naturwissen-

Ich beobachte an uns eine zunehmende Gehetztheit.

schaft und Technik, die sogenannten Mint-Fächer – zu sprechen. Auch die Industrie spricht dauernd davon. Gleichzeitig wird die kulturelle, geisteswissenschaftliche Wertediskussion ausgeblendet. Das Wort Balance kommt überhaupt nicht vor. Hier muss man ansetzen.

Wie?
Man kann mit einfachen Beispielen beginnen: Wir haben etwa gern eine Temperaturbalance. Bei minus 20 oder plus 50 Grad ist uns ausgesprochen unwohl. Das kann jeder Erstklässler nachvollziehen. Dann sagen wir: Das ist übrigens ein wunderschönes Beispiel für Balance.

Was erhoffen Sie sich konkret davon, wenn die nachfolgende Generation den Balancegedanken in sich trägt?
Familienkonversationen, Politik, Jurisprudenz, ja auch Lebensqualitätsgefühle werden eine andere Gewichtung bekommen. Rechthaberei und Dogmatismus, was heute beides tendenziell belohnt wird, wird dann eher als unpassend abgelehnt, während das Gespür für die Wertschätzung von Balance in Gespräche und Handlungen einfließen wird.

Das klingt idealistisch.
Man kann in den Lehrplänen durchaus darauf achten, dass Kinder, die von sich aus ein Gespür für Gerechtigkeit im Sinne von Balance mitbringen, nicht unter dem Leistungsdruck abgestraft werden.

Gerechtigkeit und Leistung schliessen sich doch nicht zwangsläufig aus?
Nein. Wir sind auch nicht gegen Leistungsanreize, aber die Dogmatisierung der Leistung in der Notengebung der Schule ist eine Realität und eine zivilisatorische Verarmung.

Wie sollen Eltern darauf reagieren?
Es gibt immer wieder wunderbare Mütter und Väter, die das instinktiv wissen, aber von ihrer Umgebung daran gehindert werden, es auszuleben, die ermahnt werden: «Du musst für mehr Leistung bei deinen Kindern sorgen,

sonst werden die nix.» Die Eltern müssen in ihrem Urvertrauen gestärkt werden.

Was leichter gesagt als getan ist.
Ja. Ich beobachte an mir selber, an unseren Kindern und Enkeln, ja an fast allen Menschen, die mir lieb sind, zunehmend eine Gehetztheit, ein permanentes Gefühl, dass man es nicht schafft. Dieses zu überwinden durch eine Wertschätzung von Ruhe, Langsamkeit und Freundschaft anstelle von Schnelligkeit und Rivalität ist für mich fast selbstverständlich ein Wertegewinn, ein zivilisatorischer und kultureller Gewinn.

Trotzdem bleibt es schwer, sich dem heutigen Leistungsdruck zu entziehen.
Weil der Leistungsdruck durch das Wachstumsverlangen von Politik und Wirtschaft entsteht, durch unsere Anreizsysteme et cetera. Die heutige Ökonomie hat eine gigantische Prämie auf die Geschwindigkeit. Das kann auf Dauer nicht gut gehen.

Wie viel Wachstum braucht es, um ein gutes Leben zu haben?
Man muss unterscheiden zwischen einem Wachstum des Naturverbrauchs und dem Wirtschaftswachstum. Beim Ressourcen- und Flächenverbrauch in Bezug auf Umsatz und Bruttoinlandprodukt (BIP) darf es jedoch sehr wohl Wachstum geben, wobei das BIP natürlich ein erschreckend schlechter Massstab für das Wohlergehen der Menschen ist.

Wächst das BIP, gibt es aber auch Arbeitsplätze. So werden Wahlen gewonnen.
Das BIP geht mit der bezahlten Beschäftigung einher. Richtig. Für alle politischen Parteien hat das hohe Priorität. Als deutscher Bundestagsabgeordneter habe ich selbst erlebt, welch grosser Druck entsteht, wenn das Kapital sagt, dass es keine Lust mehr hat in Deutschland zu investieren. Das war für den damaligen Kanzler Gerhard Schröder ein Zwang, de facto einen Sozialabbau vorzuschlagen, damit wieder Arbeitsplätze entstehen. Übrigens kann ökologisches Wirtschaften, etwa Kreislaufwirtschaft und Energieeffizienz, mehr Arbeitsplätze schaffen als die Wegwerfgesellschaft.

In Ihrem neuen Buch erwähnen Sie auch eine Entkopplung der Zufriedenheit vom materiellen Konsum.
Das kann ein nächster Schritt sein, jener Schritt, der auf die Entkopplung von Naturverbrauch und BIP-Wachstum folgt.

Wie löst man sich vom Imperativ des Konsums?
Materieller Konsum und Zufriedenheit sind ja nicht automatisch das Gleiche. Geige spielen kann beispielsweise etwas unglaublich Befriedigendes sein. Auch mit kleinen Kindern zu spielen, ist etwas unglaublich Schönes – und es verbraucht keine Natur. Dies in unserer Leistungs- und outputorientierten Gesellschaft wieder zu entdecken, ist eine zivilisatorische Umstellung anderer Grössenordnung.

Ernst Ulrich von Weizsäcker

Ernst Ulrich von Weizsäcker (78) ist deutscher Naturwissenschaftler, Politiker und seit 2012 Co-Präsident des Club of Rome. Von 1998 bis 2005 war von Weizsäcker als SPD-Politiker Mitglied des Deutschen Bundestags. In den 1980er-Jahren war er zuerst Direktor am UNO-Zentrum für Wissenschaft und Technologie in New York und danach Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik.

Er ist der Sohn des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker, Bruder des Wirtschaftswissenschaftlers Carl Christian von Weizsäcker und Neffe des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Er ist seit 1969 mit der Biologin Christine von Weizsäcker verheiratet und hat fünf Kinder. (aus)

Die gesammelten Samstagsinterviews unter samstagsinterviews.derbund.ch

Diese Woche

Leitartikel Linke Stadtberner erregen sich leicht über rechte Landgebiete. Dabei ist das Spannungsverhältnis ein Segen für alle. *Patrick Feuz*

Kleines Lob auf die Bremser vom Land

«Hallo Provinz!». Das wollte ein Kollege auf der Frontseite des «Bund» schreiben. Zum Start der Artikelserie, mit der wir unseren mehrheitlich in der Stadt und der Agglomeration Bern lebenden Leserinnen und Lesern die Regionen des Kantons näherbringen wollen.

«Hallo Provinz!». Wir haben den Titel im letzten Moment geändert. Zu stark schwang darin städtische Herablassung gegenüber den Landbewohnern mit. Zu verächtlich tönte er plötzlich in unseren Ohren.

Kurz vor den kantonalen Wahlen vom 25. März hätten wir unbeabsichtigt einen sprachlichen Beleg dafür geliefert, woran es im Kanton Bern mangelt: an Sensibilität und Verständnis zwischen Stadt und Land. Wir hätten mit dem provokativen Titel das getan, was wir selber nicht mögen, wenn es die anderen tun.

Wie ärgern wir uns doch, wenn Politiker vom Land über Städter spotten, sie als Geldverprasser karikieren, die sich übertissene ÖV-Projekte leisten, Strassen verengen, Parkplätze aufheben, Cannabis liberalisieren wollen und auch sonst nur progressive Flausen im Kopf haben. Wie betupft sind wir jeweils, wenn wieder einmal das antistädtische Ressentiment gepflegt wird.

Dabei zeigt der Titel, der beinahe geblieben wäre: Ein Stück weit sind wir Städter selber schuld, dass es diese Ressentiments gibt.

Labore des Fortschritts
Die Städte verstehen sich heute als Labore des Fortschritts und effiziente Problemlöser, in der Schweiz wie anderswo. In mancher Hinsicht sind sie es auch. Von Lärm und mieser Luft am stärksten betroffenen, sind die urbanen Zentren darin vorausgegangen, den Verkehr neu zu organisieren, die öffentlichen Transportmittel zu fördern und den Energieverbrauch zu senken. Stadtpräsidentinnen und Bürgermeister von Basel über Oslo bis Pittsburgh leisten Handfestes zum Schutz des Klimas, während die nationalen Regierungen immer noch über neue internationale Abkommen streiten.

Dass eine sich wandelnde Gesellschaft neue Einrichtungen braucht, auch das haben zuerst die Städte begriffen – weil hier der gesellschaftliche Wandel zuerst spürbar ist. In hoher Zahl entstanden Kita-Plätze und schulische Mittagstische, es folgten

Integrationshilfen für schwierige Kinder und nun immer häufiger die Ganztageschulen.

Mehr Expertise und Erfahrung als ländliche Gemeinden haben die Städte auch im Umgang mit Flüchtlingen, Armen, Drogensüchtigen und Papierlosen. Wo sich die sozialen Probleme ballen, ist der Druck am höchsten, sie professionell anzupacken. Fast alle zieht es in den städtischen Raum, vor allem die Talente und das Geld. Im Kanton Bern erbringt die Region Mittelland mit Abstand die grösste Wirtschaftsleistung. Und urbaner Chic und ein dichtes Angebot an Dingen, die das Leben versüssen, lassen das Wohnen in Stadt und Agglomeration als Lebensziel erscheinen.

Doch im urbanen Selbstverständnis, dass man die Avantgarde vom heute ist, lauern Gefahren. Die Urbanisierung ist ein Mega-Trend des 21. Jahrhunderts, was den Städten ein ausgeprägtes Machtbewusstsein verleiht – und das kippt gelegentlich in Übermut.

Ausdruck davon kann schon nur ein Gedankenspiel sein. Wie etwa jenes des Stadtberner Gemeinderats, der vor einigen Jahren die Idee eines «Stadtkantons Bern» lancierte.

Abgesehen davon, dass solche Grenzverschiebungen politisch chancenlos sind: Sie sind gar nicht nötig. Das Spannungsverhältnis zwischen Stadt und Land ist ein Segen für alle. Es ist längst nicht nur das hochsubventionierte ländliche Gebiet, das von der heutigen Struktur des Kantons profitiert. Der Nutzen ist gegenseitig.

Wenn Bern, Biel und andere Städte gemeinsam gegen die Sozialhilfe-Reform des Regierungsrats lobbyieren, ist

das richtig und legitim. Ebenso willkommen und nützlich ist jedoch, dass die Sozialhilfefaktiker vom Land sich einmischen und Druck auf die Städte ausüben. Denn niemand kann behaupten, dass bei der Sozialhilfe bisher alles perfekt gelaufen sei.

Dass auf dem Land viele Nein gestimmt haben zum «Luxustram» von Bern nach Ostermündigen, das mag für manche Städter ärgerlich sein; als Steuerzahler dürfen sie aber durchaus dankbar für die Opposition sein: Nach dem nur knappen Ja zum Tram werden die Behörden bei künftigen ÖV-Projekten noch besser darauf achten, die Kosten tief zu halten.

Man kann es so sagen: Die Stadt muss sich heute den politischen Widerspruch auf dem Land holen. Inzwischen sind neun der zehn grössten Schweizer Städte in rot-grüner Hand; die vielen Verwaltungs-, Sozial- und Kreativjobs im urbanen Raum begünstigen die Linke. Wenn aber in städtischen Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen fast alle gleich denken, ist das für die Sache nicht von Vorteil; politischer Einheitsbrei ist nie gut.

So ist die Schweiz

Die Ironie der heutigen Situation: Einst kam der Fortschritt im Kanton Bern vom Land. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zettelte die Landschaft liberale Revolutionen an und knackte die verkrusteten Machtverhältnisse in den Städten auf. Heute gelten die Landgemeinden, die immer mehr im modernen Siedlungsbrei aufgehen, als Bremser. Doch zum Glück gibt es sie. Der Zwang zum Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen, Regionen und Mentalitäten ist seit jeher das Erfolgsrezept der Schweiz. Was für die Schweiz gut ist, kann für den Kanton Bern nicht falsch sein.

Eigentlich brauchte die Stadt sogar mehr Land und das Land mehr Stadt. Eine Annäherung im Denken könnte den Kanton Bern weiterbringen. Zum Beispiel so: Die einen hören auf, die Reitschule zu verteuern. Die anderen verzichten auf despektierliche Sprüche über die Landbevölkerung. Die Stadt lebt vor, dass sie nicht protzt und klotzt bei der Infrastruktur. Und erbringt den Tatbeweis, dass auch sonst falsch liegt, wer ihr Masslosigkeit vorwirft. Umgekehrt beharrt das ländliche Gebiet nicht mehr auf geteerten Strassen in jeden «Chrace» und auf Subventionen für Viehschauen. Gewonnen hätten so alle.

Im urbanen Selbstverständnis, dass man die Avantgarde ist, lauern Gefahren.

Orlando



orlando.derbund.ch